

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/168

Bonn, den 17. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Fort damit in die Wolfsschlucht ! ----- Zur Veröffentlichung des Entwurfs eines Krankenversicherungsneuregelungs-Gesetzes Von Wolfgang Jansen	63
3	Antwort an Blank ----- Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB	41
4	"Widerstandskämpfer" ----- Herr Paulsen und die Löhne	24
4	Brudermord ----- Vopos schießen auf Vopos	15
5 - 6	Rufer für die Sache der deutschen Nation ----- Die "Pommersche Zeitung" zum zehnjährigen Todestag von Kurt Schumacher	90

Chefredakteur Günter Markscherfel

Fort damit in die Wolfsschlucht !

Zur Veröffentlichung des Entwurfs eines
Krankenversicherungsneuregelungs-Gesetzes

Von Wolfgang Jansen

CDU und FDP haben sich nach der Veröffentlichung des Gesetz-entwurfs zur Neuregelung der Krankenversicherung zu Entrüstungsausbrüchen von unwerfender Komik aufgeschwungen. Wenn man der FDP glauben wollte, dann wäre "unsere westdeutsche Demokratie" durch einen "argen Hieb" in Gefahr geraten - weil man die Gedankengänge eines Ministers publik macht! Und laut "Ruhr-Nachrichten", einem Hausblatt der CDU, befindet man sich sogar "im exakten Gleichschritt mit Pan-kow", wenn man öffentlich darlegt, was unsere Regierung will. Nun, jeder darf sich so lächerlich machen, wie er kann.

Die CDU/CSU spricht in ihrem Dienst von einem "glatten Vertrauens-mißbrauch". Das muß ein Irrtum sein; denn Herr Blank hat uns sein Ver-trauen nie geschenkt. Er fertigte zwar weit über 500 Exemplare seines Gesetzentwurfes an und verschickte sie in alle Welt - wie er es nennt: "an die unmittelbar mit der Durchführung des Gesetzes Beteiligten" - nur an die "unmittelbar mit der Beschlußfassung des Gesetzes Beteilig-ten" gab er kein Exemplar.

Einige Adressaten taten ein übriges: Sie vervielfachten das ihnen von Herrn Blank geschenkte Vertrauen durch Vervielfältigung seines Textes, so daß zum Zeitpunkt des Erscheinens der SPD-Broschüre die Zahl der tatsächlich schon vorhandenen Gesetzestexte nur noch vier-stellig ausgedrückt werden kann. Deshalb ist es völlig müßig und so-gar gefährlich, auf der Suche nach dem Schuldigen mit Verdächtigungen um sich zu werfen: Weder der entlassene Pressereferent des eigenen Hauses, noch "ein Landesarbeitsministerium" haben das getan, was eigent-lich der Minister hätte tun sollen.

Aber Bundesarbeitsminister Blank hat nie ein Verhältnis zum Par-lament gefunden. Seine Besuche im Sozialpolitischen Ausschuß haben nicht einmal Seltenheitswert, denn er kommt überhaupt nicht. Im Umgang mit dem Parlament und seinen Ausschüssen befließigt er sich eines

Tones, der sonst nur zwischen hoffnungslos verfeindeten Prozeßgegnern üblich ist. Es kommt ihm nie in den Sinn, bei den ständigen Nackenschlägen, die er erhält, einmal die Ursache in seinem eigenen Benehmen zu suchen.

Niemand kann behaupten, daß die SPD sich nicht an vertrauliche Absprachen hält. Sie nimmt es in diesem Punkte sehr genau. Hätte Herr Blank eines seiner zahllosen Exemplare mit der Bitte um vertrauliche Behandlung an die SPD-Fraktion oder den Vorsitzenden des Ausschusses für Sozialpolitik gesandt, so wäre die SPD-Fraktion niemals auf den Gedanken gekommen, unter Bruch der vereinbarten Vertraulichkeit den Entwurf zu veröffentlichen. Herr Blank hat durch sein eigenes Verhalten der SPD freie Hand gelassen.

Daß er selbst und die Regierungsparteien heute über die Veröffentlichung empört sind, ist kein gutes Zeichen. Es beweist nämlich, daß die Entrüsteten im Grunde die Meinung der SPD teilen und den Entwurf für so schlecht halten, daß er in der Öffentlichkeit nicht bestehen kann. Das ist auch nicht verwunderlich.

Wer rund drei Millionen Arbeitnehmer aus der gesetzlichen Versicherungspflicht herausnehmen und ihnen damit den Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung entziehen will, wer allen jüngeren Angehörigen qualifizierter Berufe den Schutz der Krankenversicherung entziehen will, wer die berüchtigte Kostenbeteiligung nun gleich in doppelter Ausfertigung als Sonderbeitrag und Direktbeteiligung einführen will, wer auf dem Umweg über die Krankenversicherung eine Senkung der Renten um zwei Prozent vornehmen will und wer schließlich den Vertrauensarzt der Kasse zum Vertrauten des Arbeitgebers machen will, der kann in der Öffentlichkeit nur eine vernichtende Kritik erwarten.

Der Gesetzesentwurf ist oberfaul - und Herr Blank weiß genau, warum er sich so geheimnisvoll gebärdete. Aber sein Verhalten ist kurzzeitig, denn einmal wären seine finsternen Pläne doch ans Licht gekommen und von der öffentlichen Kritik zerfetzt worden. Er sollte sich über die Veröffentlichung der SPD freuen. Denn je eher dieser Entwurf in der Wolfsschlucht landet, umso besser für alle Beteiligten, insbesondere auch für Herrn Blank !

Antwort an Blank

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB

Die SPD weist alle Vorwürfe wegen ihrer Veröffentlichung des Entwurfs des Bundesministeriums über die Krankenversicherungsreform energisch zurück.

1. Zur Veröffentlichung von Auszügen aus dem Gesetzentwurf entschloß sich die SPD am 23. Juli als zuvor die Presse über den Inhalt berichtet hatte.
2. Die SPD hat jetzt den vollen Wortlaut des Entwurfs der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, nachdem der Staatssekretär im BAM, Herr Dr. Claussen, die Kritik der SPD als "oberflächlich" bezeichnet und mit der Mitteilung, "die Rentner werden durch den neuen Entwurf nicht schlechter gestellt", unrichtige Angaben über den Inhalt verbreitet hat.
3. Der Entwurf trägt keinen Geheimhaltungsvermerk. Er wurde vom BAM in einer Auflage von 500 Stück vervielfältigt und ist darüber hinaus in verschiedenen Organisationen "für interne Zwecke" noch weiter vervielfältigt worden.
4. Der BAM, Bundesarbeitsminister Blank, hat den Entwurf u.a. verschiedenen privatrechtlichen Vereinigungen zur Stellungnahme zugelassen, jedoch nicht den Sozialpartnern. Das war ein nach der Geschäftsordnung der Bundesregierung unkorrektes Verfahren, denn insbesondere die Gewerkschaften haben als Repräsentanten der versicherten Arbeiter und Angestellten ebenso wie die Rentnerorganisationen ein berechtigtes Interesse an den Fragen, die durch den Entwurf geregelt werden.
5. Bei der Bedeutung, die die Krankenversicherungsreform für die Gesundheit unseres Volkes hat, läßt sich Geheimnisthüberei nicht verantworten. Im öffentlichen Interesse ist vielmehr eine freimütige Diskussion aller Probleme geboten, was am besten an Hand des genauen Wortlautes des vom zuständigen Ministerium erstellten Entwurfs erfolgen kann.
6. Die Aufregung des BAM und der Regierungsparteien über die Veröffentlichung des Entwurfs soll offenbar über seinen bedenklichen Inhalt hinwegtäuschen. Jedenfalls ist es höchst erstaunlich, dass der Bundesarbeitsminister nach Rückkehr von seinem Urlaub noch kein Wort zur Verteidigung seines Entwurfs gefunden hat. Das dürfte auch sehr schwerfallen, denn der Entwurf trifft die Familien mit Kindern, die Alten und Kranken besonders hart. Zweifellos wird die Kenntnis des genauen Wortlautes des Entwurfs auch in den Kreisen der CDU-Arbeitnehmer Empörung hervorrufen. Somit ist möglicherweise mit der Veröffentlichung des Entwurfs der erste Schritt zu seiner gründlichen Umwandlung getan.

"Widerstandskämpfer"

Herr Paulsen und die Löhne

sp - In Ermangelung besserer Argumente gegen den Versuch der Arbeitnehmer, endlich zu einem gerechten Anteil am Sozialprodukt zu kommen, ruft jetzt Herr Paulsen, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, seine Kollegen zu einem "entschiedenen Widerstand" und einer "verstärkten lohnpolitischen Solidarität" der Arbeitgeber gegen die Forderung der Arbeitnehmer auf. Der DGB hat dem Widerstandskämpfer Paulsen geantwortet, daß für eine Scharfmacherei gegenüber den Gewerkschaften nicht die geringste Veranlassung bestehe, da die Arbeitnehmer bisher keine unververtretbaren Forderungen erhoben hätten. - Es ist ziemlich unklar, was Herrn Paulsen wohl veranlaßt haben mag, gewissermaßen ex cathedra, Öl in das schwelende Feuer der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussionen zu gießen. Selbst den Zeitungen, die sonst mit Herrn Paulsen sehr pfleglich umgehen - wie etwa "Die Welt" - ist nicht wohl dabei. Die Gewerkschaften brauchen sich nämlich von dem Widerstandsappell des Präsidenten der Arbeitgeberverbände gar nicht getroffen zu fühlen, denn Herr Paulsen stört viel mehr die vergeblichen Versuche Erhards, so etwas wie Ordnung in die westdeutsche Wirtschaft zu bringen, als die anlaufenden Tarifverhandlungen der Gewerkschaften. Da sich aber Herr Paulsen offensichtlich der Unterstützung des Herrn Bundeskanzlers und seines Freundes des CDU-Abgeordneten und Bankiers Pfordmenges sicher ist, die auf ihre Weise Erhards Position unterminieren, wird man in einer interessanten Entwicklung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik rechnen können.

+ + +

Brudermord

Vopos schießen auf Vopos

sp - Wieviel ist die Vope an militärischer Kampfkraft wert? Diese Frage stellen sich viele Experten. Die Antwort darauf gibt das düstere Geschehen entlang der Berliner Schandmauer und an der Zonengrenze. Der Brudermord gehört zum beklemmenden Alltag Nachkriegsdeutschlands. Vopos schießen auf Vopos, wer zu fliehen versucht, fällt der erkmarmungslosen Kugel des uniformierten "Kameraden" zum Opfer. Der allerletzte Fall ereignete sich an der bayerisch-thüringischen Grenze. Bayerische Grenzpolizei wurde Zeuge eines brutalen Mordes, begangen von vier Ulbricht-Polizisten an einem jungen Kameraden, der ihre Gemeinschaft nicht mehr teilen wollte und des Zwanges, einem verhassten Regime zu dienen, überdrüssig war. Das Bedrückende dabei ist, daß die Grenzpolizei bei dieser feigen Tat untätig zuschauen mußte. Zu helfen blieb ihr verwehrt! Der Brudermord darf ungestraft geschehen, ja die Mörder erhalten noch von ihren Auftraggebern klingende Belohnung. Auch das gehört zum Bild unseres gespaltenen Vaterlandes.

+ + +

Refer für die Sache der deutschen Nation

Die "Pommersche Zeitung" zum zehnjährigen Todestag von
Kurt Schumacher

Die "Pommersche Zeitung", das Organ der Landsmannschaft Pommern, würdigt anlässlich des zehnjährigen Todestages von Kurt Schumacher Bedeutung und Wirken dieser Persönlichkeit, die so entscheidend die deutsche Nachkriegspolitik mit beeinflusst hat. Schumacher zählt, schreibt das Blatt, zu den Großen unserer Nation. Im folgenden ein Auszug dieses bemerkenswerten Artikels.

"Am 20. August jährt sich der Todestag Kurt Schumachers zum zehnten Male. Und erst jetzt wird im ganzen Umfang klar, wie stark er der deutschen Nachkriegspolitik seinen Stempel aufdrückte. Kurt Schumacher, der den Totalitarismus glühend haßte, wurde der Retter der deutschen Arbeiterbewegung. Alle Versuche der Kommunisten, einen Bund mit der Sozialdemokratie herzustellen, scheiterten an dem klaren Blick Schumachers. "Unter dem Gesichtspunkt der deutschen Politik besteht kein zwingender Grund für eine Weiterexistenz der KPD", sagte er im Sommer 1945, weil durch das Taktieren in der Weimarer Republik dem deutschen Parlamentarismus unendlich geschadet wurde und weil die Kommunisten schließlich Steigbügelhalter des Nazismus gewesen seien.

*

Kaum jemand hat sich nach 1945 so überzeugend für den Rechtsanspruch Deutschlands auf seine Ostgebiete eingesetzt wie Kurt Schumacher. Und es gab weit und breit keinen besseren Interpreten dieser nationalen Forderungen als ihn, den internationalen Sozialisten, ihn, das Opfer der Diktatur. Die Kommunisten, die jede politische Regung für die Rechtsansprüche der Deutschen als Revanchismus oder Faschismus zu bezeichnen liebten, hatten es schwer. Sie, die "an die Verachtung Schumachers nicht heranreichten", konnten ihn nicht als Faschisten diffamieren. Sein Wort galt. Der Rechtsanspruch Deutschlands auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße war für Kurt Schumacher ein "Recht selbstverständlicher nationaler Selbstbehauptung. "Wir", so rief Kurt Schumacher in der 125. Sitzung des deutschen Bundestages aus, "wollen die Freundschaft mit dem polnischen Volk, aber nicht um den Preis des deutschen Selbstmords. Die Kommunisten haben nicht das Recht, auf Menschen und Gebiete Deutschlands zu verzichten, die ihnen doch nicht gehören." Kurt Schumacher ging schließlich auch auf die kommunistischen Redensarten von der "Friedensgrenze an Oder und Neiße" ein. Aber nicht einmal dieser utopische Begriff habe den Kommunisten genügt, führte er weiter aus, jetzt behaupteten sie sogar, daß die Oder-Neiße-Grenze ein Bindeglied beider Völker geworden sei. Man schwärme davon, daß nunmehr sowjetisches Erz und polnische Kohle zu deutschem Friedenstahl verwertet würde. "Bloß wie die Kommunisten zu anständigen Deutschen gemacht werden, dafür ist kein Programm vorgesehen."

Wer heute - zehn Jahre danach - diese Worte Schumachers liest, weiß die Antworten, die er allen jenen erteilt hätte, die heute empfehlen, sowjetische "Realitäten" anzuerkennen. Und in der Auseinandersetzung mit derartigen Leuten merkt man erst recht, wie sehr uns Kurt Schumacher heute fehlt.

*

Die Einheit der Nation war Schumacher ein Herzensbedürfnis. Er trat jenen entschieden entgegen, die glaubten, einen Modus vivendi für ein geteiltes Deutschland finden zu können. "Die Opfer der Freiheit, die Eingekerkerten, die Verschleppten, die gesamten Bewohner der Ostzone, die Kriegsgefangenen, sie alle haben Anspruch auf unsere menschliche und nationale Solidarität. Für die Sowjets freilich", so schrieb Schumacher, "ist eine demokratisch zustande gekommene Einheit, die die deutsche Selbstständigkeit demokratisch zu behaupten weiss, die Gefährdung ihres ganzen Satellitensystems, politisch, propagandistisch und militärisch." Erst heute wird diese Beurteilung politischer Verhältnisse, die seinerzeit nahezu an Prophetie grenzte, ganz klar. Alle Massnahmen der Sowjets bzw. ihrer Satelliten haben auch in den vergangenen zehn Jahren nur dazu beigetragen, die Spaltung des deutschen Volkes herbeizuführen, ja sie zu vertiefen. Die Trennung durch die Mauer allein genügt heute nicht mehr, sie soll durch einen Separatfriedensvertrag - ein rotes Versailles - zementiert werden. Hieraus ergebe sich, so würde Schumacher folgern, dass die Demokratie zur Aktion antreten müsse. Auch dieser Beurteilung wird heute noch uneingeschränkt beigetreten werden müssen. Wie oft hört man das Urteil von Menschen, die glauben, dass unser Staat - die Bundesrepublik - der Ideen, der Weltanschauung, die uns vorschweben sollte, entraten müssten. Schumacher gab vor zehn Jahren die Antwort: "Für die Bewohner der sowjetischen Besatzungszone aber, die nach der Diktatur des Nazireichs jetzt die Diktatur der Sowjets erleben, ist die Demokratie die Idee der Befreiung für den Menschen, den Staatsbürger und die Nation."

*

Schumacher war - wie gesagt - Preuße. Schon seine Herkunft also liess ihn in Berlin den Mittelpunkt des Reiches, ja das Zentrum deutscher Politik sehen. Berlin durfte dem Westen - der deutschen Demokratie - nicht verlorengehen. Er war es, der den Kampf der Berliner Sozialdemokraten um ihre Freiheit unterstützte und entfachte. In der nunmehr möglichen - nahezu geschichtlichen - Betrachtung jener Tage des März 1946, als die Berliner Sozialdemokraten zur Urabstimmung aufgerufen waren, ob sie sich mit den Kommunisten vereinigen wollten oder nicht, wird es als besonderes Verdienst Kurt Schumachers angesehen werden müssen, dass Berlin dem Westen erhalten blieb. Denn die Entscheidung der Berliner Sozialdemokraten beeinflusste die westliche Politik entscheidend. Diese Politik Schumachers, die er selbst in die Worte zusammenfasste: "Berlin ist der Anspruch der Demokratie auf ganz Deutschland. Berlin ist ja unser Anspruch auf Mitteleuropa und den deutschen Osten." Und man möchte meinen, es wäre heute gesprochen, was Schumacher 1947 vor amerikanischen Gewerkschaften in San Francisco feststellte: "... So wäre zum Beispiel eine Aufgabe Berlins durch die Westmächte die Erschütterung des Vertrauens zu der Zielklarheit, Festigkeit und Stetigkeit ihrer Politik."

*

Als alles am Boden lag, Deutschland zerstört und das Vertrauen der Welt restlos erschüttert war, ist Kurt Schumacher der Rufer und Streiter für die Sache der deutschen Nation gewesen. An seinem zehnten Todestag sollte daran gedacht werden. Wir zählen Kurt Schumacher, diesen schlichten und aufrechten Deutschen, zu den Grossen unserer Nation.